

## Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur

Sitzungs-Nr: XVII/07 SJSK

Sitzungstermin: am Dienstag, dem 20.11.2012, 18:03 Uhr bis 20:56 Uhr

Sitzungsort: Aula der Astrid-Lindgren-Schule, Landstraße 54

### Anwesend sind:

#### Mitglieder CDU-Fraktion

- |    |          |                         |
|----|----------|-------------------------|
| 1. | Ratsfrau | Becker, Ingeborg        |
| 2. | Ratsherr | Kuban, Tilman           |
| 3. | Ratsherr | Matthiesen, Max Dr. MdL |

#### Mitglieder SPD-Fraktion

- |    |          |                     |
|----|----------|---------------------|
| 4. | Ratsfrau | Gertich, Lea Sophie |
| 5. | Ratsfrau | Klein, Bettina      |
| 6. | Ratsherr | Messing, Peter      |
| 7. | Ratsherr | Wittich, Michael    |

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- |    |          |                 |
|----|----------|-----------------|
| 8. | Ratsherr | Hartig, Andreas |
| 9. | Ratsherr | Marks, Frank    |

#### Mitglieder FDP-Fraktion

- |     |          |                |
|-----|----------|----------------|
| 10. | Ratsfrau | Wölki, Kerstin |
|-----|----------|----------------|

#### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- |     |                        |                                |
|-----|------------------------|--------------------------------|
| 11. |                        | Bothe, Ursula                  |
| 12. | Herr                   | Brecht, Lothar                 |
| 13. | Frau                   | Dürkop, Christiane             |
| 14. | Herr                   | Feldkamp, Friedhelm            |
| 15. | Herr                   | Gotthardt, Manfred             |
| 16. | Behindertenbeauftragte | Heidecke, Hannelore            |
| 17. | Frau                   | Hoffmann, Heike                |
| 18. | Herr                   | Meyenn, Henrik                 |
| 19. | Frau                   | Popal, Rona                    |
| 20. | Herr                   | Stockmann, Oliver ab 18.10 Uhr |

#### von der Verwaltung

- |     |                         |                     |
|-----|-------------------------|---------------------|
| 21. | Fachdienstleiter        | Dickel, Hans-Jürgen |
| 22. | Fachdienstleiter        | Heyerhorst, Axel    |
| 23. | Fachdienstleiterin      | Heyerhorst, Heide   |
| 24. | Erster Stadtrat         | Lahmann, Marc       |
| 25. | Verwaltungsangestellte  | Sandvoß, Melanie    |
| 26. | Verwaltungsangestellter | Wende, Björn        |
| 27. | Fachdienstleiterin      | Zeit, Susanne       |

#### als Gäste

- |     |                            |                       |
|-----|----------------------------|-----------------------|
| 28. | 1. stellv. Bürgermeisterin | Beckmann, Kerstin Dr. |
|-----|----------------------------|-----------------------|

es fehlten entschuldigt

29.	Frau	Mehlau, Julia
30.	Ratsfrau	Runge, Eva
31.	Herr	Zurek, Malte

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung von beratenden nichtstimmberechtigten Mitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Haushaltssicherungskonzept - Städtepartnerschaften (175 / 176)  
XVII/0202
5. Haushalt 2013  
- Zuschussanträge-  
Freiwilligenzentrum  
Schuldnerberatungsstelle  
Reit- und Fahrverein St. Georg  
Suchtberatungsstelle
6. "One Week Power" -Skaten auf dem ehemaligen Parkplatz der Firma Bahlsen  
-Sachstandsbericht-
7. Büchereikonzept, hier: Organisatorische Ausrichtung und Einführung einer gemeinsamen Bibliothekssoftware  
XVII/0213
8. Büchereikonzept, hier: Optische und funktionale Maßnahmen in der Stadtbücherei  
XVII/0214
9. Sprachförderung im Kindergarten Wichtelhausen  
- Fortsetzung des Modells -  
XVII/0217
10. Umbenennung des Kindergartens "Tausendfüßler" in "Astrid-Lindgren-Kindergarten"  
XVII/0218
11. Verlängerung von Betreuungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen  
XVII/0219

12. Neuschaffung von Krippenplätzen  
-Sachstandsbericht-
13. Familienhebammen - Bundesinitiative frühe Hilfen-
14. Bericht des Integrationsbeirates
15. Bericht der/des Behindertenbeauftragten
16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

---

**1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Matthiesen, begrüßt zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur alle teilnehmenden Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Herr Dr. Matthiesen stellt sodann die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung der nicht-öffentlichen und öffentlichen Sitzung fest.

Der Ausschuss stellt den Antrag den TOP 8 als „behandelt“ zu erklären.

Frau Gertich teilt mit, dass es sinnvoll wäre innerhalb des Ausschusses einen Ortstermin zu vereinbaren.

Herr Wittich bemerkt, dass hierbei auch die Gebäudewirtschaft hinzuzuziehen ist, da unter Spiegelstrich 2 der Beschlussvorlage aufgeführt wurde, dass die Kosten in den Ergebnishaushalt der Gebäudewirtschaft einzustellen sind.

Herr Dr. Matthiesen hält abschließend fest, dass der Ausschuss zeitnah einen Ortstermin vereinbaren sollte, der zusammen mit der Gebäudewirtschaft koordiniert werden muss.

---

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung werden genehmigt.

---

## **2. Pflichtenbelehrung von beratenden nichtstimmberechtigten Mitgliedern**

Herr Lahmann verpflichtet die vom Rat der Stadt Barsinghausen zugewählten nicht stimmberechtigten Mitglieder, Frau Bothe und Frau Popal gemäß § 40 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) per Handschlag, händigt ihnen jeweils einen Auszug aus dem NKomVG aus und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

---

## **3. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Anfragen an den Ausschuss gestellt.

---

## **4. Haushaltssicherungskonzept - Städtepartnerschaften (175 / 176) Vorlage: XVII/0202**

Herr Dr. Matthiesen stellt zuerst die Frage an die Einwohner und Einwohnerinnen und bittet um Wortmeldung.

Seitens der Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Anfragen gestellt.

Sodann gibt Herr Dr. Matthiesen das Wort an die Verwaltung weiter.

Herr Lahmann führt in die Beschlussvorlage XVII/0202 ein und beantwortet die diesbezüglichen Rückfragen von Herrn Dr. Matthiesen und Herrn Messing.

---

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der HSK Vorschlag 175 „Reduzierung der Kosten für Städtepartnerschaften“ wird wie in der Begründung dargestellt umgesetzt.

Zur Erreichung der Konsolidierungssumme wird der Städtepartnerschaftstag in abgewandelter Form durchgeführt.

Dafür werden die Repräsentanten der Städtepartner im Rahmen des Stadtfestes bereits für Freitagvormittag zu einem Arbeitstreffen mit anschließendem „Arbeitessen“ eingeladen.

Dafür werden 1.500.-- Euro in den Haushalt 2013 eingestellt.

---

**5. Haushalt 2013  
- Zuschussanträge-  
Freiwilligenzentrum  
Schuldnerberatungsstelle  
Reit- und Fahrverein St. Georg  
Suchtberatungsstelle**

Herr Dr. Matthiesen stellt die Zuschussanträge des Freiwilligenzentrums, der Schuldnerberatungsstelle, des Reit- und Fahrverein St. Georg und der Suchtberatungsstelle kurz dar und verweist auf die Teilhaushalte 1 und 2 für die nicht stimmberechtigten Mitglieder.

Des Weiteren verweist Herr Dr. Matthiesen auf zwei weitere Tischvorlagen des Sportvereins Wichtringhausen und des 1. FC Germania Egestorf.

Herr Dr. Matthiesen erklärt, dass die Zuschussanträge des Freiwilligen Zentrums, der Schuldnerberatung und der Suchtberatungsstelle nicht höher ausfallen werden als im Vorjahr (siehe Drucksache XVII/0195), sodass diesen mit gutem Gewissen stattgegeben werden könnten.

Die Ausschussmitglieder bemerken, dass den Zuschussanträgen des Freiwilligen Zentrums, der Schuldnerberatung und der Suchtberatungsstelle entsprochen werden könnten, jedoch die Zuschussanträge des Reit- und Fahrverein sowie des Sportvereins Wichtringhausen und des 1. FC Germania noch gesondert innerhalb der Fraktionen beraten werden müssen.

Herr Dr. Matthiesen stellt daher abschließend fest, dass die bisherigen Zuschussanträge des Freiwilligen Zentrums, der Schuldnerberatung und der Suchtberatungsstelle auch im letzten Jahr so gefördert worden sind und daher auch in diesem Haushalt gefördert werden könnten. Er bittet die Ausschussmitglieder, die weiteren Zuschussanträge zur Beratung mit in die Fraktionen zu nehmen.

Herr Dr. Matthiesen fragt in die Runde, ob es noch weitere Fragen und Anmerkungen zum Haushalt gibt.

Seitens des Ausschusses und der Einwohnerinnen und Einwohner werden keine weiteren Fragen gestellt und Anmerkungen gegeben.

---

**6. "One Week Power" -Skaten auf dem ehemaligen Parkplatz der Firma Bahlsen  
-Sachstandsbericht-**

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert Herr Wende das Projekt „One Week Power“, das in der Zeit vom 22.10.-26.10.2012 stattgefunden hat.

Täglich nahmen bis zu 20 Jugendliche, auch aus dem benachbarten Stadtgebiet, teil. Anlieger, Eltern und die Jugendlichen selbst waren mit dem Angebot sehr zufrieden. Im Rahmen des Projektes fand zudem ein Beteiligungsworkshop zur Gestaltung einer Skatelfläche statt.

Die Jugendlichen entwickelten gemeinsam Ideen, wie so ein Skatepark aussehen könnte. Sie besuchten den Verein 2er Skateboarding e.V. in Hannover und arbeiten zusammen ein Konzept aus.

Im Rahmen des Berichtes von Herrn Wende stellen die Herren Robin Höning, Max Beckmann und Daniel May vom Verein 2er Skateboarding e.V. die Planung vor, die sich an den Gegebenheiten des „Thie´s“ orientiert.

Die Anlage soll vor Ort von einer Spezialfirma in Beton gegossen und einzelne Elemente sollen mit Klinker belegt werden.

Frau Wölki schlägt vor, aus der Sanierung der Fußgängerzone die erhaltenen Klinkersteine in dieser Anlage weiter zu verwenden.

Auf die Frage von Herrn Hartig bestätigen die Herren, dass skateboardfahren, skaten und biken durchaus gefährlich ist, was aber wiederum den besonderen Reiz dieser Freizeitsportarten ausmacht.

Die Anlage sei aber im Einklang mit bestehenden Sicherheitsnormen konzipiert worden. In der Regel wird die Unfallgefahr gemindert, wenn sich jeder Sportler an die Fahrwege hält. Da es sich um einen glatten Beton handelt, sind die Schürfwunden nicht so schwerwiegend wie auf rauem Asphalt.

Herr Wende erklärt im Anschluss, dass der Bau der Anlage Kosten in Höhe von etwa 130.000- 150.000 Euro verursachen wird.

Es wäre jedoch möglich, das Projekt in mehrere Bauabschnitte einzuteilen.

Dr. Matthiesen verweist auf die Städtebauförderung „Soziale Stadt“, die zur Finanzierung beitragen kann.

Herr Wende bemerkt, dass auch Spenden in Aussicht gestellt worden sind.

Herr Hartig sagt, dass es ein wichtiges pädagogisches Ziel sei, die Jugendlichen aktiv zu beschäftigen. Außerdem würde eine solche Anlage die Stadt Barsinghausen attraktiver für junge Menschen auch außerhalb des Stadtgebietes machen.

Der Ausschuss bedankt sich bei den anwesenden Jugendlichen, dem Verein 2er Skateboarding e.V. und besonders auch bei Herrn Wende.

---

**7. Büchereikonzept, hier: Organisatorische Ausrichtung und Einführung einer gemeinsamen Bibliothekssoftware**  
**Vorlage: XVII/0213**

Herr Heyerhorst führt in die Beschlussvorlage XVII/0213 ein und verweist auf die Beschlussvorlage XVII/0142, die vor der Sommerpause im Ausschuss zur Beratung an die Fraktionen weitergegeben wurde.

Aus den positiven Rückmeldungen aus den Fraktionen empfiehlt die Verwaltung, den in der Beschlussvorlage genannten Beschluss umzusetzen.

Aus der Einwohnerrunde werden keine Anfragen gestellt.

Herr Hartig teilt mit, dass er die Beschlussvorlage für sinnvoll hält und spricht Frau Carmona seinen Dank aus.

Herr Dr. Matthiesen bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

**I. Die Verwaltung wird beauftragt:**

1. Ein Zweigstellensystem „Stadtbücherei und Schulbibliotheken Barsinghausen“ als Einrichtung und Produkt der Stadt Barsinghausen einzurichten. Teilnehmende Bibliotheken sind die Stadtbücherei Barsinghausen, die Schulbücherei der Goetheschule KGS sowie die Große Bibliothek und die Kleine Bücherei im Schulzentrum mit gemeinsamer Nutzungskarte und gemeinsamen Internet- und Arbeitskatalog.
2. Eine gemeinsame Bibliotheksverwaltungssoftware mit Hostingvertrag zu erwerben.
  - Voraussichtliche Erstinvestitionskosten: 19.250,00 € (sind im Finanzhaushaltsplan-Entwurf 2013 enthalten).
  - Laufende Folgekosten Hosting und Support: zwischen 5000,00 und 8000,00 €/Jahr (sind im Ergebnishaushaltsplan-Entwurf enthalten)
3. Die Bestandsumstellung und -einarbeitung mittels EDV durchzuführen. Die hierfür notwendigen einmaligen Personalkosten von bis zu 47.000,00 € sind im Ergebnishaushaltsplan-Entwurf 2013 enthalten
4. Die erforderliche Hardware und Basissoftware zur einheitlichen Ausstattung von acht Arbeitsplätzen sowie Netzwerkkomponenten und Material zur Umarbeitung zu erwerben. Die Kosten betragen 30.000 €. Hiervon können 17.500 € aus dem Haushalt 2012 finanziert werden. Im Haushaltsplanentwurf 2013 sind bereits weitere 10.800 € eingestellt. 1700 € müssen zusätzlich in der Finanzplanung für 2014 veranschlagt werden.

**II. Der Konsolidierungsbeschluss, 10.000 € Kosten im laufenden Betrieb einzusparen, wird wie folgt umgesetzt:**

- Schließung der Stadtbücherei in den Oster-, Herbst- und Weihnachtsferien zur Einsparung von Heizkosten- und Reinigungskosten: 2.840,00 €
- Wiederbesetzung der Stelle in der Stadtbücherei anstelle einer Bibliothekarin mit 22,3 Wochenstunden (Gehaltsklasse TVÖD E8) mit einer Fachangestellten für Medien und Informationsdienste mit 22,0 Wochenstunden (Gehaltsklasse TVÖD E5): 7.160,00 €

---

**8. Büchereikonzept, hier: Optische und funktionale Maßnahmen in der Stadtbücherei**  
**Vorlage: XVII/0214**

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: behandelt

In der Stadtbücherei werden folgende funktionale und optische „Verbesserungsmaßnahmen“ durchgeführt:

- Erneuerung des Inventars: voraussichtlich 53.600 EUR  
hiervon sind 5.000 EUR bereits im HH-Planentwurf 2013 im Finanzhaushalt enthalten.  
48.600 EUR müssen zusätzlich eingestellt werden.
- Renovierungskosten im Gebäude: voraussichtlich 20.000 EUR  
Die Kosten sind zusätzlich in den Ergebnishaushalt der Gebäudewirtschaft einzustellen.
- Kosten für die Einlagerung von 11.000 Medien: ca. 5.000,00 EUR  
Die Kosten sind zusätzlich in den Ergebnishaushalt der Stadtbücherei einzustellen.

---

**9. Sprachförderung im Kindergarten Wichtelhausen  
- Fortsetzung des Modells -  
Vorlage: XVII/0217**

Herr Dickel erläutert die unterschiedlichen Sprachförderkonzepte, die in Barsinghausen erprobt werden.

In den Einrichtungen Egestorf I, Regenbogen und Kindertagesstätte Barsinghausen wird das „Wortschatzprogramm“ durchgeführt. Grundgedanke hierbei ist die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen, mit dem Ziel, zukünftig die Sprachförderung für alle Kinder durchzuführen.

Parallel dazu bietet die Region Hannover eine gezielte Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund an. Diese Sprachförderung wird von einer externen Sprachförderkraft in Kleingruppenarbeit geleistet.

Die Sprachförderung im Kindergarten „Wichtelhausen“ hat die Förderung aller Kinder zum Ziel. Dieses setzt aber eine externe Sprachförderkraft voraus, die in kleinen Gruppen die Kinder betreut.

Dadurch entstehen Kosten in Höhe von etwa 3500 Euro pro Gruppe im Jahr.

Die Verwaltung hält es für sinnvoll, bis zum Sommer 2013 die Sprachförderung in „Wichtelhausen“ fortzuführen. Danach müsste auch das „Wortschatzprogramm“ eingeführt werden.

Für die Fraktionen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und SPD spricht sich Frau Gertich für eine Fortführung der Sprachförderung in „Wichtelhausen“ bis zu den Sommerferien aus.

Anschließend wird über den Verwaltungsvorschlag:

Beschlussalternative 1:

Für die Fortsetzung der Sprachförderung im Kindergarten Wichtelhausen bis zum Ende des Kindergartenjahres 2012/13 werden 3.500 EUR im Haushalt 2013 bereitgestellt.

abgestimmt.

Herr Kuban schlägt vor, 7000 Euro in den Haushalt einzustellen und davon 3500 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen.

So könnte die Sprachförderung im Kindergartenjahr 2013/2014 fortgesetzt werden, falls der Kindergarten „Wichtelhausen“ nicht bei dem „Wortschatzprogramm“ berücksichtigt werden sollte.



Herr Kuban stellt den Antrag:

„Im Haushalt 2013 werden weitere 3500 Euro eingesetzt und mit einem Sperrvermerk versehen. So kann die Fortsetzung der Sprachförderung in „Wichelhausen“ sichergestellt werden, falls der Kindergarten „Wichelhausen“ durch die Region Hannover nicht berücksichtigt werden sollte.“

Dieser Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Für die Fortsetzung der Sprachförderung im Kindergarten Wichelhausen bis zum Ende des Kindergartenjahres 2012/13 werden 3.500 EUR im Haushalt 2013 **bereitgestellt**.

---

**10. Umbenennung des Kindergartens "Tausendfüßler" in "Astrid-Lindgren-Kindergarten"**  
**Vorlage: XVII/0218**

Herr Lahmann stellt den Antrag auf Umbenennung des Kindergartens „Tausendfüßler“ in „Astrid-Lindgren-Kindergarten“ vor.

Es gibt keine Wortbeiträge.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Kindergarten „Tausendfüßler“ wird in „Astrid-Lindgren-Kindergarten“ umbenannt.

---

**11. Verlängerung von Betreuungszeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen**  
**Vorlage: XVII/0219**

Herr Dickel erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass der Bedarf an verlängerten Betreuungszeiten zunimmt.  
Ursache hierfür ist der Wunsch, „Familie und Beruf“ in Einklang zu bringen.

Frau Klein fragt nach, warum eine Verlängerung der Betreuungszeit vorgeschlagen wird, wenn 8 Eltern einen Bedarf anmelden.

Herr Lahmann erläutert, dass es sich hierbei um einen Vorschlag der Verwaltung handelt. Wirtschaftliche Überlegungen und die Berücksichtigung von Elterninteressen wurden hier abgewägt.

Frau Becker fragt, ob die Gefahr bestünde, dass eine Erzieherin alleine mit 8 oder 10 Kindern während der Randbetreuung im Hause sei.

Herr Dickel weist darauf hin, dass es üblich ist, dass in dieser Zeit weitere pädagogische Fachkräfte anwesend sind, die Leitungsaufgaben wahrnehmen oder die pädagogische Arbeit vorbereiten.

Herr Messing bittet die Verwaltung, sicherzustellen, dass Randbetreuungsangebote bei Nichtbedarf wieder reduziert werden.

Herr Dr. Matthiesen stellt die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt, die Betreuungszeiten in Kindertagesstätten gemäß der Sachdarstellung zum Kindergartenjahr 2013/14 zu verlängern, sofern der Bedarf und die Mindestteilnehmerzahl gemäß Sachdarstellung zu dem Zeitpunkt gegeben ist.

Die Mehrkosten in Höhe von 9.625 EUR werden in den Ergebnishaushalt 2013 eingestellt.

## **12. Neuschaffung von Krippenplätzen -Sachstandsbericht-**

Herr Dickel erinnert daran, dass in der ursprünglichen Kindergartenbedarfsplanung 2010 davon ausgegangen wurde, dass die Zahl der Kinder deutlich zurückgehen werde und von daher keine Notwendigkeit bestehen würde, zusätzliche Krippenplätze zu schaffen.

Eine Untersuchung, die auf Grundlage der Einwohnerdaten von Oktober 2011 durchgeführt wurde, zeigte ein anderes Bild. Durch die Zuwanderung von Familien mit Kindern und einem leichten Anstieg der Geburtenzahlen gab es keinen Rückgang.

Daher wurde im Jahr 2012 beschlossen, die „Hoffnungsgemeinde“ dabei zu unterstützen, eine altersübergreifende Kinderbetreuungseinrichtung zu schaffen. Für die „Kinderbude“ wird ein neues Gebäude gebaut, das zukünftig 10 Kinder mehr betreut werden können. Der Kindergarten „Rapunzel“ wird seine Kapazität von 10 auf 15 Plätzen erhöhen. Außerdem wurde der Grundsatzbeschluss gefasst, im Bereich der Grundschule Goltern eine Krippengruppe zu schaffen.

Durch das Maßnahmenpaket konnte sichergestellt werden, dass für 35 Prozent der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz angeboten werden kann.

Am 30.05.2012 erhöhte die Bundesregierung die Bedarfsprognose für Krippenplätze auf 35 auf 39 Prozent der unter 3-jährigen. Demnach fehlten in Barsinghausen rechnerisch mindestens 10 Krippenplätze.

Die Gebäudewirtschaft schlug vor, den zusätzlichen Bedarf durch einen Anbau an den Kindergarten „Regenbogen“ zu decken. Besondere Eile war geboten, da die Frist für die Beantragung der Fördermittel des Landes (RIK-Mittel) vorverlegt wurde.

Auf Beschluss des Rates beantragte die Stadt Barsinghausen fristgerecht die Fördermittel auf Grundlage eines Entwurfes des Architekturbüros „Mosaik“.

Parallel dazu wurde die „Petrusgemeinde“ gebeten, ein alternatives Konzept zu erarbeiten.

Auch eine Erweiterung des Kindergarten „Baschelino“ wurde erwogen. Da die BBI aber weiterhin die benachbarten Räume in Anspruch nimmt, verwarf die Verwaltung diese Idee.

Herr Behrens stellt als Architekt der „Petrusgemeinde“ die Planung für den Anbau vor. Geplant sind zwei Krippengruppen mit jeweils 15 Kindern, so dass insgesamt 60 Krippenkin- der dort betreut werden könnten.

Die Planung ist mit Frau Bungeroth von der Landesschulbehörde abgestimmt. Die Notwendigkeit einen Bewegungsraum zu schaffen, konnte die Kirchengemeinde durch die Umwidmung des vorhandenen Gemeindesaals umgehen.

Dadurch entstehen Kosten in Höhe von 470.050 Euro, wobei die Möblierung und sonstige Einrichtung nicht berücksichtigt wurde.

Die angegebenen Kosten würden höchstens um 5 Prozent überschritten werden.

Innerhalb des Ausschusses wird die Frage gestellt, ob es denkbar wäre, auch nur eine Krippengruppe zu schaffen.

Dieses wird durch den Kirchenvorstand beantwortet.

Der jetzige Sozialraum muss aufgegeben werden, um den Neubau zu erschließen. Dementsprechend muss ein neuer Sozialraum im Anbau realisiert werden.

Von daher ist es wirtschaftlicher, zwei Krippengruppen zu bauen.

Frau Becker fragt nach der verbleibenden Spielfläche für 60 Kinder.

Herr Feldkamp erläutert, dass ein Teil des Pfarrgartens aufgeben wird, um genügend Spielfläche zu schaffen.

Herr Dickel fragt nach der Art, wie das Gebäude erstellt werden soll.

Herr Behrens erwidert, dass ein Holzständerwerk geplant sei, dass verklinkert wird.

Diese Bauweise würde ermöglichen, dass der Gebäudeteil zum Kindergartenjahr 2013/2014 bezugsfertig wäre.

Auf die Frage zur Finanzierung erläutert Herr Dickel, dass Mittel aus dem Programm „RAT“ zur Verfügung stehen. Die Förderbeträge sind allerdings geringer. Die Region Hannover hat sich aber bereitgefunden, die Differenz durch eigene Mittel aufzustocken.

Die Regionsmittel werden allerdings erst im Folgejahr fließen.

Der beantragte Antrag auf „RIK-Mittel“ müsste zurückgegeben werden.

Herr Stockmann wirft ein, dass ein Anbau an den Kindergarten „Regenbogen“ sinnvoller sei, da die Kinder dann nach der Krippenzeit in der Einrichtung verbleiben könnten.

Frau Wölki gibt zu bedenken, dass die öffentliche Förderung zu einer Wertschöpfung führt. Sie spricht sich für einen Anbau an den Kindergarten „Regenbogen“ aus, um diese Wertschöpfung der Stadt zukommen zu lassen.

Da eine Neuberechnung der Kosten für den Kindergarten „Regenbogen“ noch nicht vorliegt und die Verwaltung die Vorschläge der „Petrusgemeinde“ noch prüfen muss, wird einvernehmlich beschlossen, eine grundlegende Entscheidung in der nächsten Ratssitzung am 13.12.2012 zu fällen.

Eine entsprechende Vorlage müsste zum VA am 11.12.2012 vorliegen.

Eine Bürgerin fragt nach dem Stand der Umbaumaßnahme im Kindergarten „Rapunzel“. Herr Dickel teilt mit, dass Kostenvoranschläge vom Träger eingeholt und dass die öffentlichen Mittel beantragt wurden.

Möglicherweise können schon in der Weihnachtsschließzeit erste Maßnahmen begonnen werden.

Bezüglich einer Krippengruppe im Schuleinzugsbereich der Grundschule Goltern weist Herr Dr. Matthiesen auf ein Schreiben der Eltern hin. Die Eltern sprechen sich für die Nutzung des ehemaligen Gemeindesaals in Stemmen aus.

Herr Dickel verweist auf die Tischvorlage. Die Verwaltung hat die Kosten für eine Containerlösung ermittelt. Dieser Container könnte kurzfristig in die Nähe des bestehenden Kindergartens in Stemmen aufgestellt werden und als Alternative zu dem Gemeindesaal dienen.

Diskutiert wird auch ein Neubau in Goltern. Hierzu legt die Verwaltung einen Kartenauszug vor, in dem alle städtischen Grundstücke in Goltern gekennzeichnet sind.

Der Ausschuss nimmt die Tischvorlage (siehe Anhang) zur Kenntnis.

---

### **13. Familienhebammen - Bundesinitiative frühe Hilfen-**

Herr Lahmann berichtet über die Gewährung von Zuwendungen aus der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen 2012 - 2015“. Antragsberechtigt sind Jugendämter. Die Mittel können aber an Kommunen ohne Jugendamt weitergereicht werden. Ziel ist es „Frühe Hilfen“ auszubauen, um den Schutz von Kindern vor Vernachlässigung sicher zu stellen. Bei dem Gesamtkonzept spielen Familienhebammen eine zentrale Rolle. Bereits bestehende Maßnahmen werden jedoch nicht gefördert.

In einem Fachinformationssystem sollen alle Angebote der „Frühen Hilfen“ zusammenfassend dargestellt werden. Möglicherweise können diese Informationen über die Internetseite der Stadt Barsinghausen abgerufen werden.

Die Fördergrundsätze und das Konzept für das Fachinformationssystem werden auf Bitte des Ausschusses über die Ratspost verteilt.

---

### **14. Bericht des Integrationsbeirates**

Frau Popal, die Vorsitzende des Integrationsbeirates, stellt sich dem Ausschuss und den anwesenden Besucherinnen und Besuchern vor.

Sie erläutert die Arbeit des Integrationsbeirates und berichtet, dass die 1. Sitzung am 16.04.2012 mit acht Mitgliedern im Integrationsbeirat stattgefunden hat und nach den weiteren fünf Sitzungen drei der acht Mitglieder aus persönlichen Gründen ausgeschieden sind.

Am 27.01.2013 sollen drei weitere Mitglieder in den Integrationsbeirat berufen werden.

Sie erklärt weiterhin, dass ein Schulbesuch zu dem Thema „Rechtsextremismus“ erfolgt ist und die Schüler durch den Verkauf von T-Shirts Gelder in Höhe von 331 Euro gesammelt haben, die dem Integrationsbeirat für das Asylbewerberwohnheim in Großgoltern zur Verfügung gestellt wurden.

Dem Integrationsbeirat geht es insbesondere um die Erarbeitung für „Lokale Integration in Barsinghausen“ und um die Verbesserung der Lebensumstände in dem Asylbewerberwohnheim.

Ziel ist es, den dort wohnenden Familien eine andere Wohnung außerhalb des Heimes anzubieten und nur Einzelpersonen in Einzelzimmern unterzubringen.

Frau Popal erklärt, dass der Platz nicht ausreicht, um alle Asylbewerber in Einzelzimmer unterzubringen. Dadurch ist die Aggressivität untereinander sehr hoch.

Der vorhandene Gruppenraum, der auch als Unterrichtsraum genutzt wird, soll erhalten bleiben.

Frau Popal bittet die Verwaltung, dass bei gleicher Qualifikation Migranten bei Einstellungen im öffentlichen Dienst bevorzugt werden.

Im weiteren Gespräch stellt Frau Popal die vier Projekte vor, die der Integrationsbeirat betreut.

Im letzten Jahr wurde ein Nähkurs angeboten.

Seit letztem Jahr gibt es eine Streetworkerin, die sich jeden Donnerstag um die Belange der Migrantinnen kümmert.

Des Weiteren sind 12 freiwillige Helferinnen und Helfer (Integrationslotsen) gewonnen worden, die u.a. auch im Asylbewerberwohnheim Deutsch unterrichten und auch bei alltäglichen Problemen in den Familien helfen.

Sie bedauert, dass es hierbei keine Fördermittel der Region gegeben hat.

In Zusammenarbeit mit dem Stadtteiltreff hat sich eine Person gefunden, die das Projekt „Lernen durch Reden“ unterstützt. Das Projekt sorgt dafür, dass Frauen aus den Sprachkursen der Volkshochschule die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache durch einfaches „Sprechen“ noch besser zu erlernen.

Durch Unterstützung von der Region Hannover und von Frau Rohde-Rademacher wird das Projekt „Lebende Bücher“ auch im nächsten Jahr in der Schule fortgeführt.

Frau Popal teilt mit, dass der Integrationsbeirat in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat in Hannover sowie dem Integrationsrat der Stadt Garbsen steht, da die Vernetzung untereinander sehr wichtig ist.

Als nächstes Projekt hat sich der Integrationsbeirat vorgenommen, den Frauen einen Fahrradkurs zu ermöglichen. Sie hoffen dabei auf Gelder und Unterstützung.

Frau Popal sagt, dass demnächst ein Flyer über den Integrationsbeirat gedruckt werden soll.

Herr Dr. Matthiesen nimmt zu dem Vortrag Stellung, bedankt sich bei Frau Popal und bittet nunmehr die Ausschussmitglieder um Wortbeiträge.

Herr Hartig gibt zu bedenken, den Gruppenraum als Wohnraum umzubauen und bittet Frau Popal um Mitteilung, welche Probleme vorhanden sind.

Frau Popal teilt mit, dass die Asylbewerber nicht einsichtig sind und ihr Zimmer nicht mit einer zweiten Person teilen möchten. Die Situation stellt sich als aggressiv und bedrohend dar.

Herr Messing stellt die Frage an Herrn Lahmann, ob ein, wie von der Bundesregierung vorhergesagter Zuwachs von Sinti und Roma, in Barsinghausen abzusehen ist.

Herr Lahmann teilt mit, dass bis zum Jahresende noch etwa 50 Personen zuziehen werden und somit im Asylbewerberheim untergebracht werden müssten. Daher muss es bei einem größeren Zustrom zu einer Doppelbelegung kommen.

Herr Lahmann erläutert, dass ein Ansprechpartner/Betreuer (Sozialpädagoge) vor Ort für die Asylbewerber gut wäre, jedoch die Kosten von 60.000 Euro pro Jahr dafür nicht tragbar wären.

Des Weiteren nimmt Herr Lahmann Bezug auf die Satzung zur Benutzung des Flüchtlingswohnheimes.

Die Satzung wurde entsprechend geändert und die Einwände des Integrationsbeirates berücksichtigt.

Die Bevorzugung bei Einstellung im öffentlichen Dienst von Migrantinnen und Migranten bei gleicher Leistung kann nicht erfolgen, da gesetzlich dann Frauen zu bevorzugen sind.

Frau Gertich merkt an, dass es vorübergehend von den Migranten geduldet werden muss, sich ein Zimmer zu teilen. Nur eine Doppelbelegung sollte keine langfristige Lösung sein. Nach einer bestimmten Zeit muss es den Einzelpersonen auch gewährt werden, eine Wohnung außerhalb zu beziehen.

Herr Hartig appelliert an den Ausschuss, zu bedenken, dass Frau Popal nicht angefeindet wird.

Frau Dürkop stellt die Frage an Frau Zeitz, wer früher im Asylbewerberwohnheim vor Ort war.

Frau Zeitz erläutert, dass es sich dabei nicht um einen Sozialpädagogen sondern um eine Bürokräft, die sich u.a. um Hausaufgabenhilfe und Behördengänge kümmerte, gehandelt hat.

Herr Lahmann bittet ggf. um Haushaltsanträge aus den Fraktionen, wenn eine Betreuung oder keine Doppelbelegung gewünscht ist.

Frau Zeitz verweist darauf, dass die Bürokräft damals durch die Betreiberfirma finanziert wurde.

Frau Popal bestätigt, dass eine Bürokräft vor Ort durchaus hilfreich wäre.

Frau Klein fragt nach den durchschnittlichen Verweilzeiten der Anwohner.

Herr Lahmann verweist hier auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Anpassung der Leistungen für Asylbewerber an die Regelleistung der Sozialhilfe und erläutert, dass es sich bei der hohen Zahl der Zuwanderung auch um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. In der Regel verweilen die Asylbewerber über Jahre in Barsinghausen, da die Verfahren über einen Asylantrag Jahre dauern können.

Herr Lahmann gibt den Wunsch des Integrationsbeirates an die Verwaltung einen Ansprechpartner aus dem Stadtrat zu haben, weiter und schlägt den Ausschussvorsitzenden bzw. die Vertretung vor. Frau Gertich übernimmt dieses Amt.

---

## **15. Bericht der/des Behindertenbeauftragten**

Frau Heidecke berichtet von ihrer Arbeit als Behindertenbeauftragte.

Sie teilt mit, dass sich die Sprechstunden geändert haben und bittet die Verwaltung, in den Bekanntmachungskästen die neuen Öffnungszeiten zu veröffentlichen.

Frau Heidecke nimmt Bezug auf den Lösungsvorschlag des Chips für die Benutzung des Fahrstuhles am Bahnhof Barsinghausen.

Sie und Herr Kipper sind mit diesem Lösungsvorschlag nicht einverstanden.

Sie geben zu bedenken, dass die Nutzung des Chips weder für vorübergehend gehbehinderte Menschen noch für gehbehinderte Besucher in Frage kommt.

---

## **16. Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Lahmann berichtet über die Gespräche mit der Kunstschule Noa Noa.

Die Kunstschule Noa Noa möchte eine Grundschuld eintragen lassen, was aus Sicht der Verwaltung und aufgrund des § 121 NKomVG nicht möglich ist. Weiterhin bittet die Kunstschule Noa Noa um das Vorkaufsrecht. Die Einräumung bedarf jedoch der notariellen Beurkundung und wird wegen der damit verbundenen Kosten seitens der Verwaltung für nicht sinnvoll angesehen.

Es liegen sonst keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung vor.

---

## **17. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

Herr Messing fragt nach dem Verkauf der alten Garage auf dem Zechengelände und der Nutzung durch die Kunstschule Noa Noa und der Deister- Freilicht- Bühne.

Herr Lahmann erläutert, dass die Verwaltung die Gespräche zwischen der Kunstschule Noa Noa und der Deister- Freilicht- Bühne abwarten wird.

Herr Dr. Matthiesen schließt anschließend die öffentliche Sitzung.

### Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 20:56 Uhr geschlossen.

Dr. Matthiesen  
Vorsitz

Lahmann  
Verwaltungsvorstand

Sandvoß  
Protokollführung